

Handbuch Nachhaltigkeit im Vergaberecht

Lausen / Müller

2024

ISBN 978-3-406-80435-9

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Lausen/Müller
Handbuch Nachhaltigkeit im Vergaberecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Nachhaltigkeit im Vergaberecht

Herausgegeben von

Dr. Irene Lausen

Rechtsanwältin in Frankfurt a. M.,
Ministerialrätin a. D.

und

Dr. Jan Peter Müller

Fachanwalt für Vergaberecht in Frankfurt a. M.

2024

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Lausen/Müller Nachhaltigkeit im VergabeR/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 80435 9

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz und Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Nachhaltigkeit ist ein politisches Ziel, das von den Vereinten Nationen über die EU, die Bundesrepublik Deutschland, den Bundesländern bis hin zu den Kommunen verfolgt wird. Die Vereinten Nationen haben 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) aufgestellt, die die Bundesrepublik in der Agenda 2030 übernommen hat. Eines dieser Ziele heißt „Nachhaltig produzieren und konsumieren“. Um dieses Ziel zu realisieren, gestalten die Normgeber das Vergaberecht als potentielles Lenkungsinstrument aus. Das Vergaberecht ermöglicht es, die enorme Marktmacht der öffentlichen Hände im Sinne der Nachhaltigkeit und einer strategischen Beschaffung zu nutzen und die Wirtschaftsakteure zu bestimmten Maßnahmen zu veranlassen.

Die öffentlichen Auftraggeber sehen sich vor die Herausforderung gestellt, bei den einzelnen Vergabeverfahren passende inhaltliche Nachhaltigkeitskriterien zu identifizieren, diese in eine rechtmäßige Form zu kleiden, die Wirtschaftlichkeit der Beschaffung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitskriterien zu wahren und letztlich das Verfahren angemessen, rechtssicher und effizient auszugestalten. Die Zerstreuung der Normen, die sich stetig entwickelnden Erfahrungen mit den Anforderungen strategischer Beschaffung und eine erst rudimentär vorhandene Bandbreite an Entscheidungen in der Rechtsprechung erschweren es den Anwenderinnen und Anwendern, mit den teilweise komplexen Fragestellungen bei der Implementierung von Nachhaltigkeitskriterien in Vergabeverfahren umzugehen.

Dieses Handbuch will einen Beitrag zur Standardisierung leisten und das Thema „Nachhaltigkeit in Vergabeverfahren“ praxistauglich vorantreiben. Die Beiträge behandeln die Rechtsgrundlagen sowie die rechtlichen Aspekte im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit in Vergabeverfahren. Ergänzend werden strategische Ansatzpunkte aufgezeigt, Hilfestellungen bei der Vorbereitung und Durchführung eines Vergabeverfahrens gegeben und die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in Bezug auf konkrete Auftragsgegenstände erläutert.

Die Herausgeber bedanken sich herzlich bei allen Autorinnen und Autoren, die mit großem Engagement durch ihre Beiträge das Handbuch erarbeitet haben, bei Frau Ass. iur. Anstassia Semik und Herrn Alexander Klüber, LL.M. für ihre herausragende wissenschaftliche Unterstützung sowie Frau Rechtsfachwirtin Aline Herrlein für die Administration, Koordination und technische Hilfestellung. Besonderer Dank gilt auch den zuständigen Akteuren beim Verlag C.H. Beck, Herrn Dr. Roland L. Klaes als Lektoratsleiter, Frau Anke Schaub als Lektorin sowie Herrn Peter Malte Mack als Anwendungsbetreuer Content Management Systeme.

Frankfurt am Main, im März 2024

Irene Lausen
Jan Peter Müller



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Ilse Beneke

Regierungsdirektorin, Bonn
§ 23 Zertifizierung und Gütezeichen

Prof. Dr. Martin Burgi

Universitätsprofessor, München
§ 1 Begriff, Verfassungsrahmen und Dimensionen der Nachhaltigkeit

Ahmed Demir

Ministerialrat als Mitglied des Bundesrechnungshofes, Bonn
§ 10 Wirtschaftlichkeit

Daria Eletsckaya

Oberregierungsrätin, Bonn
§ 23 Zertifizierung und Gütezeichen

Hennig Feldmann

Rechtsanwalt, Köln
§ 14 Allgemeiner Grundsatz: Verbindung mit dem Auftragsgegenstand

Dr. Pascal Friton

Rechtsanwalt, Berlin
§ 22 Ausführungsbedingungen

Prof. Dr. Jens Gerlach

Hochschulprofessor, Lüneburg
§ 19 LkSG

Katja Gnittke

Rechtsanwältin, Berlin
§ 18 Eignungskriterien und Ausschlussgründe (einschließlich Umweltmanagement);
§ 29 Lebensmittel und Verpflegung

Oliver Hattig

Rechtsanwalt, Köln
§ 18 Eignungskriterien und Ausschlussgründe (einschließlich Umweltmanagement);
§ 29 Lebensmittel und Verpflegung

Alexander Hofmann

Honorarprofessor, Hochschule Biberach
HOCHTIEF PPP Transport Westeuropa GmbH, Düsseldorf
§ 21 Externe Umweltkosten – Klimaschutz und Vergaberecht

Dr. Heiko Hofmann

Rechtsanwalt, Frankfurt a.M.
§ 35 Wegenutzungsverträge in der Energiewirtschaft nach § 46 EnWG

Dr. Oliver Jauch

Rechtsanwalt, Hamburg
§ 26 Nachhaltigkeit und Bau; § 28 Grünstrom

Prof. Dr. Michael Kling

Hochschulprofessor, Marburg
§ 8 Die besondere Bedeutung von Mindestlohn und Tariftreue

Dr. Irene Lausen

Rechtsanwältin, Ministerialrätin a. D., Frankfurt a. M.

§ 3 Europäische Rechtsgrundlagen; § 4 Allgemeingültige Bundesregelungen;
§ 5 Regelungen der Bundesverwaltung; § 9 Vorbereitung, interne Rahmenbedingungen
und Markterkundung

Dr. Simon Karl Manzke

Rechtsanwalt, Hamburg

§ 19 LkSG

Dr. Christian Miercke

Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.

§ 12 Strategische Erwägungen bei der Wahl der Verfahrensart

Dr. Jan Peter Müller

Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.

§ 6 Regelungen der Bundesländer; § 13 Inklusion und Integration;
§ 16 Allgemeiner Grundsatz – Verhältnismäßigkeit; § 20 Zuschlagskriterien und Wertungs-
formeln; § 21 Externe Umweltkosten – Klimaschutz und Vergaberecht

Dr. Malin Nischwitz

Richterin, München

§ 1 Begriff, Verfassungsrahmen und Dimensionen der Nachhaltigkeit

Johanna Ott

Rechtsanwältin, Frankfurt a. M.

§ 13 Inklusion und Integration

Norbert Portz

Rechtsanwalt, Bonn

§ 11 Nachhaltige Beschaffungen in Verwaltung und Politik umsetzen (Kommunen)

Alexander Pustal

Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.

§ 30 Holzprodukte, Büromaterial und Büroausstattung; § 31 Kreislaufwirtschaft;
§ 32 Reinigungsmittel und -dienstleistungen; § 33 Vergaben nach § 130 GWB;
§ 34 SektVO, KonzVgV, VSVgV

Dr. Annette Rosenkötter

Rechtsanwältin, Frankfurt a. M.

§ 27 Nachhaltigkeit und Informationstechnik

Dr. Kai-Uwe Schneevogl

Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.

§ 7 Strategische Grundsätze des Vergaberechts

Marc Steiner

Richter, St. Gallen

§ 2 Internationale Rechtsgrundlagen – Welthandelsorganisation
GPA-Beschaffungsübereinkommen

Marieke Tiede

Sustainability Managerin, HOCHTIEF PPP Solutions GmbH, Essen

§ 21 Externe Umweltkosten – Klimaschutz und Vergaberecht

Dr. Mark von Wietersheim

Rechtsanwalt, Berlin

§ 15 Allgemeiner Grundsatz – Lebenszyklusansatz; § 17 Leistungsbeschreibung

Christoph Zinger

Rechtsanwalt, Hanau

§ 24 Energieverbrauchsrelevante Gegenstände; § 25 Saubere Fahrzeuge

Janis Zöll

Berater bei der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH,
Bonn

§ 22 Ausführungsbedingungen


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	XLI

Kapitel 1 Grundlagen

§ 1 Begriff, Verfassungsrahmen und Dimensionen der Nachhaltigkeit

(Nischwitz/Burgi)

A. Begriffsmerkmale, Klammer und Abgrenzungen	2
B. Verschiedene Dimensionen von Nachhaltigkeit im Beschaffungs- und Vergabewesen	7
C. Verfassungsrechtlicher Rahmen	15
D. Blick in die Zukunft	19

§ 2 Internationale Rechtsgrundlagen – Welthandelsorganisation GPA-Beschaffungsübereinkommen

(Steiner)

A. Vorbemerkung	23
B. Wirtschaftsvölkerrecht und Nachhaltigkeitsvölkerrecht	24
C. Völkervergaberecht	25
D. Das WTO Government Procurement Agreement – eine Übersicht	28
E. Die Kategorien des Vergaberechts: Einzelne Nachhaltigkeitsaspekte als Thema des WTO Government Procurement Agreement	35
F. Ausblick	39

§ 3 Europäische Rechtsgrundlagen

(Lausen)

A. Entwicklung vor der Kodifizierung von Nachhaltigkeitsaspekten	41
B. Vergaberichtlinien von 2004	42
C. Vergaberichtlinien von 2014	42

§ 4 Allgemeingültige Bundesregelungen

(Lausen)

A. Teil 4 des GWB	46
B. Zusammenhängende Regelungen in Teil 4 des GWB und in der VgV sowie der VOB/A-EU	47
C. Regelungen für Unterschwellenvergabeverfahren	54
D. Bundesgesetze außerhalb des Vergaberechts	56

§ 5 Regelungen der Bundesverwaltung

(Lausen)

A. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung klimafreundlicher Leistungen (AVV Klima)	61
B. Gemeinsamer Erlass zur Beschaffung von Holzprodukten	64

§ 6 Regelungen der Bundesländer (Müller)

A. Baden-Württemberg	66
B. Bayern	67
C. Berlin	70
D. Brandenburg	71
E. Bremen	72
F. Hamburg	73
G. Hessen	74
H. Mecklenburg-Vorpommern	76
J. Niedersachsen	76
K. Nordrhein-Westfalen	77
L. Rheinland-Pfalz	79
M. Saarland	81
N. Sachsen	82
O. Sachsen-Anhalt	83
P. Schleswig-Holstein	83
Q. Thüringen	84

§ 7 Strategische Grundsätze des Vergaberechts (Schneevogl)

A. Einleitung	87
B. Überblick über die zentralen Grundsätze	89
C. Die Bedeutung des Grundsatzes strategischer Ziele	94
D. Fazit	98

§ 8 Die besondere Bedeutung von Mindestlohn und Tariftreue (Kling)

A. Einleitung	99
B. Der Koalitionsvertrag 2021–2025 der gegenwärtigen Regierungskoalition	101
C. Die landesrechtliche Tariftreuregelung des Saarlandes von 2021 als möglicher Vorreiter einer neuen Entwicklung	102
D. Rechtstatsächlicher Hintergrund	102
E. Abstellen auf „repräsentative Tarifverträge“?	104
F. Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Prüfung von Tariftreueerklärungen mit Bezugnahme auf repräsentative Tarifverträge	105
G. Fazit	111

Kapitel 2 Vorbereitung des Vergabeverfahrens

§ 9 Vorbereitung, interne Rahmenbedingungen, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Markerkundung (Lausen)

A. Rahmenbedingungen	114
B. Vorbereitung des Vergabeverfahrens	115

§ 10 Wirtschaftlichkeit (Demir)

A. Einleitung	126
B. Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	133
C. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung: Grundlagen	141
D. Nachhaltigkeit als eine Facette der Wirtschaftlichkeit	152

**§ 11 Nachhaltige Beschaffungen in Verwaltung und Politik umsetzen
(Kommunen) (Portz)**

A. Nachhaltige Vergaben in Politik und Verwaltung umsetzen	163
B. Konkrete Schritte in Politik und Verwaltung	168
C. Fazit	176

§ 12 Strategische Erwägungen bei der Wahl der Verfahrensart (Miercke)

A. Offenes Verfahren	178
B. Nicht Offenes Verfahren	184
C. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	189
D. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	193
E. Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft	195

§ 13 Inklusion und Integration (Ott/Müller)

A. Bestimmten Auftragnehmern vorbehaltenen öffentlichen Aufträge (§ 118 GWB)	199
B. Anderweitige Berücksichtigung von Inklusion und Integration im Vergabeverfahren	206

Kapitel 3 Gestaltung der Vergabeunterlagen

§ 14 Allgemeiner Grundsatz: Verbindung mit dem Auftragsgegenstand (Feldmann)

A. Herleitung der notwendigen „Verbindung von Nachhaltigkeitskriterien mit dem Auftragsgegenstand“ aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	209
B. Die „Verbindung mit dem Auftragsgegenstand“ im aktuellen Recht	212
C. Regelungsgehalt der „Verbindung mit dem Auftragsgegenstand“	214

§ 15 Allgemeiner Grundsatz – Lebenszyklusansatz (von Wietersheim)

A. Bedeutung des Lebenszyklusansatzes	221
B. Betriebswirtschaftliche Betrachtung	222
C. Begriff	222
D. Berücksichtigung in Vergabeverfahren	223
E. Praktische Arbeitshilfen	227

§ 16 Allgemeiner Grundsatz – Verhältnismäßigkeit (Müller)

A. Einführung	229
B. Funktionen des vergaberechtlichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	230

§ 17 Leistungsbeschreibung (von Wietersheim)

A. Zweck der Leistungsbeschreibung	235
B. Vergaberechtliche Anforderungen an die Leistungsbeschreibung	236

**§ 18 Eignungskriterien und Ausschlussgründe (einschließlich
Umweltmanagement) (Hattig/Gnittke)**

A. Grundlagen	244
B. Eignung und Ausschlussgründe – rechtlicher Rahmen	245
C. Eignung – Begriff	246
D. Eignung und Nachhaltigkeit	257
E. Ausschlussgründe	268

Inhaltsübersicht

§ 19 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Gerlach/Manzke)

A. Einführung	275
B. Die Regelungsstruktur des LkSG im Überblick	275
C. Systematische Einordnung des § 22 LkSG in das Vergaberecht	278
D. Voraussetzungen für einen Ausschluss vom Vergabeverfahren	280
E. Absehen von einem Ausschluss in atypischen Fällen	284
F. Rechtsschutz	284

§ 20 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln (Müller)

A. Einleitung	286
B. Facettenreichtum der Zuschlagskriterien	286
C. Materielle Anforderungen an die Zuschlagskriterien	301
D. Gewichtung der Zuschlagskriterien, Bewertungsmethode und -matrix	305
E. Bekanntmachungspflichten	311
F. Dokumentation	313
G. Besonderheiten in Sonderregimen (KonzVgV, SektVO)	314

§ 21 Externe Umweltkosten – Klimaschutz und Vergaberecht (Hofmann/Tiede/Müller)

A. Einleitung	317
B. Rechtliche Rahmenbedingungen	318
C. Möglichkeiten zur Berücksichtigung des Klimaschutzes in den Vergabeunterlagen	319
D. Berücksichtigung von CO ₂ e innerhalb kostenbezogener Zuschlagskriterien ...	320
E. Ausblick	327

§ 22 Ausführungsbedingungen (Friton/Zöll)

A. Einleitung	329
B. Entstehungsgeschichte	330
C. Vereinbarkeit mit europäischem Recht	334
D. Abgrenzung zu anderen vergaberechtlichen Kriterien	334
E. Die Auftragsausführung nach § 128 GWB	337
F. Rechtsschutz	353

§ 23 Nachweise und Gütezeichen (Beneke/Eletsckaya)

A. Einführung	355
B. Eigenerklärungen	359
C. Qualifizierte Eigenerklärung	360
D. Bescheinigungen einer Konformitätsbewertungsstelle	361
E. Produktkennzeichnungen und Gütezeichen	364
F. (Multi-Stakeholder-)Initiativen, Auditprogramme, Managementstandards	374
G. Umgang mit fehlenden oder nicht ordnungsgemäßen Belegen	377

Kapitel 4 Praxisrelevante Beschaffungsregime

§ 24 Energieverbrauchsrelevante Gegenstände (Zinger)

A. Einleitung	381
B. Einzelheiten	383
C. Besonderheiten bei Bauaufträgen	390
D. Rechtsschutz	391
E. Ausblick	392

§ 25 Saubere Fahrzeuge (Zinger)

A. Einleitung	395
B. Einzelheiten	397
C. Rechtsschutz	407
D. Ausblick	408

§ 26 Nachhaltigkeit und Bau (Jauch)

A. Einleitung	411
B. Vorbereitung des Vergabeverfahrens	411
C. Vergaberechtliche Umsetzung	419
D. Vertragsgestaltung	423

§ 27 Nachhaltigkeit und Informationstechnik (Rosenkötter)

A. Einleitung	425
B. Nachhaltigkeit in Bezug auf IT	426
C. Berücksichtigung im Vergabeverfahren in Bezug auf typische Leistungsgruppen	427
D. Fazit/Ausblick	441

§ 28 Grünstrom (Jauch)

A. Einleitung	443
B. Der Begriff „Grünstrom“	444
C. Berücksichtigung im Vergabeverfahren	444
D. Vertragsgestaltung	450

§ 29 Lebensmittel und Verpflegung (Hattig/Gnittke)

A. Rahmenbedingungen	452
B. Kriterien, Aspekte, Vorgehensweisen	459

§ 30 Holzprodukte, Büromaterial und Büroausstattung (Pustal)

A. Rechtliche Rahmenbedingungen	469
B. Kriterien und Aspekte	472

§ 31 Kreislaufwirtschaft (Pustal)

A. Allgemeines	479
B. Pflichten der öffentlichen Hand, § 45 KrWG	484
C. Umgang mit Abfällen	486

§ 32 Reinigungsmittel und -dienstleistungen (Pustal)

A. Rahmenbedingungen	489
----------------------------	-----

Kapitel 5 Sonderregime

§ 33 Vergaben nach § 130 GWB (Pustal)

A. Allgemeine Anmerkungen	497
B. Verfahrensprivilegien	498
C. Praktische Anschauungsbeispiele	499

§ 34 SektVO/KonzVgV/VSVgV (Pustal)

A. Sektorenvergaberecht	503
B. Konzessionsvergaberecht	510
C. Das Vergaberecht im Bereich der Verteidigung und Sicherheit	513

§ 35 Wegenutzungsverträge in der Energiewirtschaft (§ 46 EnWG) (Hofmann)

A. Einleitung	515
B. Auswahlkriterien mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen von Konzessionsvergabeverfahren gemäß §§ 46 ff. EnWG	516
C. Fazit	523
Sachverzeichnis	525



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsübersicht	XI
Literaturverzeichnis	XXXV
Abkürzungsverzeichnis	XLI

Kapitel 1 Grundlagen

§ 1 Begriff, Verfassungsrahmen und Dimensionen der Nachhaltigkeit

A. Begriffsmerkmale, Klammer und Abgrenzungen	2
I. Generationengerechtigkeit als Klammer	2
II. Ökologische, soziale und Governance-bezogene Nachhaltigkeitskriterien (ESG) ausgehend von § 97 Abs. 3 GWB	3
1. Ökologische Kriterien	3
2. Soziale Kriterien	4
3. Governance-bezogene Kriterien	6
4. Bedeutung von Innovation	6
III. Nachhaltigkeit und Qualität	7
B. Verschiedene Dimensionen von Nachhaltigkeit im Beschaffungs- und Vergabewesen	7
I. Von den vergabefremden Zwecken über die strategische Beschaffung bis zu Sustainable Procurement	8
1. Bis 2014	8
2. 2014 bis heute: Vorbild Staat	8
3. Green Deal und BVerfG: Erfolgsfaktor Staat	8
II. Beschaffung und Vergabe	9
1. Beschaffung: Ob und Was	9
2. Vergabe: Wie und Wer?	10
III. Nachhaltigkeitsbefugnisse und Nachhaltigkeitspflichten	10
1. Befugnisse	10
2. Bereits bestehende Pflichten	11
C. Verfassungsrechtlicher Rahmen	15
I. Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	15
II. Nachhaltiges Vergaberecht	16
1. Verfassungsrechtliches Klimaschutzgebot	17
2. Auswirkungen auf das einfachgesetzliche Gebot aus § 13 KSG: Vom Berücksichtigungs- zum Optimierungsgebot?	18
III. Subjektive Rechte?	18
1. Zugunsten des erfolgreichen Bieters?	18
2. Zugunsten der unterlegenen Bieter?	19
D. Blick in die Zukunft	19
I. Die Pläne der EU	19
II. Die geplante Transformationsgesetzgebung des Bundes	20

§ 2 Internationale Rechtsgrundlagen – Welthandelsorganisation GPA-Beschaffungsübereinkommen

A. Vorbemerkung	23
B. Wirtschaftsvölkerrecht und Nachhaltigkeitsvölkerrecht	24
I. Das Wirtschaftsvölkerrecht als geschlossenes System?	24
II. Zielkonflikte zwischen Wirtschaftsvölkerrecht und Nachhaltigkeitsvölkerrecht	25
C. Völkervergaberecht	25
I. Das UNCITRAL-Modellgesetz	25
II. Freihandelsabkommen als Rechtsquelle des Völkervergaberechts	26
D. Das WTO Government Procurement Agreement – eine Übersicht	28
I. Das WTO-Vergaberecht als plurilaterales Abkommen	28
II. Das WTO-Vergaberecht – der Regulierungsansatz	29
III. Die Revision des WTO Government Procurement Agreement unter besonderer Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsthemen	31
IV. Die Arbeitspakete als nächster Schritt einer schrittweisen Weiterentwicklung des GPA	34
E. Die Kategorien des Vergaberechts: Einzelne Nachhaltigkeitsaspekte als Thema des WTO Government Procurement Agreement	35
I. Gesetzliche Mindeststandards aus dem Nachhaltigkeitsbereich	35
II. Die klassischen vergaberechtlichen Kategorien	37
1. Eignungskriterien	37
2. Technische Spezifikationen	37
3. Zuschlagskriterien	38
F. Ausblick	39

§ 3 Europäische Rechtsgrundlagen

A. Entwicklung vor der Kodifizierung von Nachhaltigkeitsaspekten	41
B. Vergaberichtlinien von 2004	42
C. Vergaberichtlinien von 2014	42

§ 4 Allgemeingültige Bundesregelungen

A. Teil 4 des GWB	46
I. Allgemeines	46
II. § 97 Abs. 3 GWB – Vergabegrundsatz	46
B. Zusammenhängende Regelungen in Teil 4 des GWB und in der VgV sowie der VOB/A-EU	47
I. Allgemeines	47
II. Anforderungen an die Leistung	47
1. § 121 GWB und die Besonderheit der Barrierefreiheit	47
2. § 31 VgV	48
3. § 67 VgV	49
4. § 7 EU VOB/A f.	49
5. § 8c EU VOB/A	50
6. §§ 33 VgV und § 7a EU Abs. 3 bis 5 VOB/A	50
7. §§ 34 VgV und § 7a Abs. 6 VOB/A	50
III. Eignung	50
1. § 122 ff. GWB	50
2. §§ 44 ff. VgV	51
3. §§ 6 EU VOB/A ff.	51

IV. Zuschlagskriterien und Gewichtung	52
1. § 127 GWB	52
2. § 58 VgV	52
3. § 16 EU, § 7a VOB/A	53
V. Ausführungsbedingungen	53
1. § 128 GWB	53
2. § 61 VgV	54
3. § 7a EU VOB/A	54
C. Regelungen für Unterschwellenvergabeverfahren	54
I. UVgO	54
1. Vergabegrundsatz, § 2 Abs. 3 UVgO	54
2. Anforderungen an die Leistung, §§ 23, 24 UVgO	54
3. Eignung, §§ 33 ff. UVgO	55
4. Zuschlagskriterien, § 43 UVgO	55
5. Ausführungsbedingungen, § 45 UVgO	55
II. VOB/A Abschnitt 1	55
1. Allgemeines	55
2. Vergabegrundsatz	56
3. Anforderungen an die Leistung, § 7 ff. VOB/A	56
4. Eignung, § 6a f. VOB/A	56
5. Zuschlagskriterien, § 16d VOB/A	56
6. Ausführungsbedingungen	56
D. Bundesgesetze außerhalb des Vergaberechts	56
I. Gesetz über die Beschaffung sauberer Fahrzeuge (Saubere-Fahrzeuge- Beschaffungs-Gesetz – SaubFahrzeugBeschG)	56
II. Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG)	57
III. Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG)	57
IV. Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – LkSG)	59

§ 5 Regelungen der Bundesverwaltung

A. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Beschaffung klimafreundlicher Leistungen (AVV Klima)	61
B. Gemeinsamer Erlass zur Beschaffung von Holzprodukten	64

§ 6 Regelungen der Bundesländer

A. Baden-Württemberg	66
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	66
II. Klimaschutzgesetz	66
B. Bayern	67
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	67
II. Besonderheiten	68
1. Herausragende Regelungen	68
2. Klimaschutzgesetz	69
C. Berlin	70
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	70
II. Besonderheiten	70
1. Herausragende Regelungen	70
2. Klimaschutzgesetz	71

Inhaltsverzeichnis

D. Brandenburg	71
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	71
II. Besonderheiten	72
E. Bremen	72
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	72
II. Besonderheiten	73
1. Herausragende Regelungen	73
2. Klimaschutzgesetz	73
F. Hamburg	73
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	73
II. Besonderheiten	74
1. Herausragende Regelungen	74
2. Klimaschutzgesetz	74
G. Hessen	74
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	74
II. Besonderheiten	75
1. Herausragende Regelungen	75
2. Klimaschutzgesetz	75
H. Mecklenburg-Vorpommern	76
J. Niedersachsen	76
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	76
II. Besonderheiten	77
1. Herausragende Regelungen	77
2. Klimaschutzgesetz	77
K. Nordrhein-Westfalen	77
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	77
II. Besonderheiten	78
1. Herausragende Regelungen	78
2. Klimaschutzgesetz	79
L. Rheinland-Pfalz	79
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	79
II. Besonderheiten	80
1. Herausragende Regelungen	80
2. Klimaschutzgesetz	81
M. Saarland	81
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	81
II. Besonderheiten	82
1. Herausragende Regelungen	82
2. Klimaschutz	82
N. Sachsen	82
O. Sachsen-Anhalt	83
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	83
II. Besonderheiten	83
P. Schleswig-Holstein	83
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	83
II. Klimaschutzgesetz	84
Q. Thüringen	84
I. Beachtliche Regelungen und Bindungswirkung	84
II. Besonderheiten	85
1. Herausragende Regelungen	85
2. Klimaschutzgesetz	85

§ 7 Strategische Grundsätze des Vergaberechts

A. Einleitung	87
B. Überblick über die zentralen Grundsätze	89
I. Die Grundsätze des § 97 Abs. 1, 2, 4 GWB	89
1. Wirtschaftlichkeitsgrundsatz	89
2. Wettbewerbsgrundsatz	90
3. Transparenzgrundsatz	91
4. Gleichbehandlungsgrundsatz	91
5. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	91
6. Mittelstandsschutz	92
II. Strategische Ziele des § 97 Abs. 3 GWB	92
1. Entstehungsgeschichte	92
2. Grundsätzliches	93
C. Die Bedeutung des Grundsatzes strategischer Ziele	94
I. Rechtliche Bindungswirkung	95
II. Strategische Ziele im Lichte des Leistungsbestimmungsrechts	95
III. Kollision mit anderen vergaberechtlichen Grundsätzen	97
D. Fazit	98

§ 8 Die besondere Bedeutung von Mindestlohn und Tariftreue

A. Einleitung	99
B. Der Koalitionsvertrag 2021 – 2025 der gegenwärtigen Regierungskoalition ...	101
C. Die landesrechtliche Tariftreuregelung des Saarlandes von 2021 als möglicher Vorreiter einer neuen Entwicklung	102
D. Rechtstatsächlicher Hintergrund	102
I. Die Erosion der Tarifbindung	103
II. Rückgang der Zahl der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge	103
III. Erheblich vergrößerte Volumina der öffentlichen Aufträge	104
E. Abstellen auf „repräsentative Tarifverträge“?	104
F. Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Prüfung von Tariftreueerklärungen mit Bezugnahme auf repräsentative Tarifverträge	105
I. Negative Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) und Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	105
II. EU-Grundfreiheiten und sekundäres Europäisches Unionsrecht	106
1. Zur Vertiefung: Vergaben im Bereich der Personenbeförderung (Straße und Schiene)	107
2. Auftragsvergaben außerhalb des Verkehrssektors (Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge)	109
G. Fazit	111

Kapitel 2 Vorbereitung des Vergabeverfahrens

§ 9 Vorbereitung, interne Rahmenbedingungen, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Markterkundung

A. Rahmenbedingungen	114
I. Übergeordnete Rahmenbedingungen	114
1. Rechtsgrundlagen	114
2. Übergeordnete Strategien	114
3. Konkrete Handlungsleitlinien	115
B. Vorbereitung des Vergabeverfahrens	115
I. Rechtsrahmen für das individuelle Vergabeverfahren	115

II. Markterkundung	116
III. Implementierung von Nachhaltigkeitskriterien in das Vergabeverfahren ..	118
1. Allgemeines	118
2. Eignungskriterien und -nachweise	118
3. Leistungsanforderungen	119
4. Zuschlagskriterien	122
5. Ausführungsbedingungen	123
§ 10 Wirtschaftlichkeit	
A. Einleitung	126
I. Wirtschaftlichkeit als regulatives Modell für rationale Entscheidungen ...	126
II. Das ökonomische Prinzip	127
III. Nachhaltigkeit im Kontext der Wirtschaftlichkeit	128
1. Politische Absichtserklärungen zur Nachhaltigkeit in Koalitionsverträgen	128
2. Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (Nachhaltigkeitsstrategie)	128
3. Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit der Bundesregierung	129
4. Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften mit Nachhaltigkeitsbezug	130
5. Aktuelle Entwicklungen zur Nachhaltigkeit im Haushaltsrecht	131
6. Gesamtschau	132
B. Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit	133
I. Das Wirtschaftlichkeitsgebot als Kontrollmaßstab und verbindliche Norm	133
II. Das Wirtschaftlichkeitsgebot bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans	135
III. Rechtscharakter und normativer Gehalt	136
IV. Haushaltsrechtliche vs. vergaberechtliche Wirtschaftlichkeit?	136
1. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und Vergabeverfahren	137
2. Anforderungen an die zu beschaffende Leistung	138
3. Das Haushaltsrecht als Klammer um das Vergaberecht	139
C. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung: Grundlagen	141
I. Finanzwirksame Maßnahme	141
II. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in der Planungsphase	142
1. Vorbemerkungen	142
2. Zuständigkeiten	143
3. Denken in Alternativen	143
4. Vorgehensweise	143
5. Ausrichtung der Untersuchung und Betrachtungsperspektiven	144
6. Methoden (Verfahren)	146
7. Wahl des Diskontierungszinssatzes	148
8. Absolute vs. relative Wirtschaftlichkeit	149
III. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung als Instrument der Erfolgskontrolle ...	150
1. Zielerreichungskontrolle	151
2. Wirkungskontrolle	151
3. Wirtschaftlichkeitskontrolle	151
IV. Angemessenheit der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung	151
D. Nachhaltigkeit als eine Facette der Wirtschaftlichkeit	152
I. Grundlagen	152
II. Berücksichtigung von CO ₂ -Emissionen	153
1. Rechtliche Vorgaben	153
2. Wahl des CO ₂ -Preises	154

3. Keine Doppelbelastung durch den CO ₂ -Preis	156
4. Gesamtschau	156
III. Beispiele	157
§ 11 Nachhaltige Beschaffungen in Verwaltung und Politik umsetzen (Kommunen)	
A. Nachhaltige Vergaben in Politik und Verwaltung umsetzen	163
I. Transformation nachhaltiger Vergaben durch die öffentliche Hand	163
1. Gezielte Umsetzung in Politik und Verwaltung	163
2. Große Möglichkeiten nachhaltiger Beschaffungen für Kommunen ...	165
II. Grundlagen zur Umsetzung in Politik und Verwaltung schaffen	165
1. Nachhaltige Vergaben täglich praktizieren und leben	165
2. Nachhaltige Vergaben realistisch und effizient gestalten	168
B. Konkrete Schritte in Politik und Verwaltung	168
I. Rechtlicher und politischer Rahmen	168
1. Rechtsvorgaben beachten	168
2. Grundsatzbeschluss der Politik zielführend	169
3. Wichtige Inhalte eines politischen Grundsatzbeschlusses	169
II. Umsetzung durch die Verwaltung	170
1. Erarbeitung einer verbindlichen Dienstanweisung	170
2. Kernpunkte einer Dienstanweisung	170
3. Aufgaben von Fachbereich und zentralen Vergabestellen	171
4. Mögliche Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung	171
C. Fazit	176
§ 12 Strategische Erwägungen bei der Wahl der Verfahrensart	
A. Offenes Verfahren	178
I. Anwendbarkeit des Verfahrens	178
II. Ablauf des Verfahrens	178
III. Nachhaltigkeitsaspekte	178
1. Leistungsbeschreibung	179
2. Zuschlagskriterien	182
3. Nebenangebote	183
B. Nicht Offenes Verfahren	184
I. Anwendbarkeit des Verfahrens	184
II. Ablauf des Verfahrens	185
III. Nachhaltigkeitsaspekte	185
1. Eignungskriterien	185
2. Mindestanforderungen	187
3. Ausschlussgründe	187
C. Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb	189
I. Anwendbarkeit des Verfahrens	189
II. Ablauf des Verfahrens	189
III. Nachhaltigkeitsaspekte	190
1. Funktionale Leistungsbeschreibung	190
2. Zuschlagskriterien	191
3. Ausführungs- und Vertragsbedingungen	192
D. Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb	193
I. Anwendbarkeit des Verfahrens	193
II. Ablauf des Verfahrens	193

III. Nachhaltigkeitsaspekte	194
1. Markterkundungsverfahren	194
2. § 14 Abs. 4 Nr. 2b und c) VgV	194
E. Wettbewerblicher Dialog und Innovationspartnerschaft	195
I. Anwendbarkeit des Verfahrens	195
II. Ablauf des Verfahrens	196
III. Nachhaltigkeitsaspekte	196
1. Informationen zu Beschaffungsbedarf und -gegenstand	197
2. Nachträgliche Festsetzung von Zuschlagskriterien	198

§ 13 Inklusion und Integration

A. Bestimmten Auftragnehmern vorbehaltenen öffentlichen Aufträge (§ 118 GWB)	199
I. Allgemeines; Anwendungsbereich	200
1. Sinn und Zweck der Norm	200
2. Zusammenspiel mit Regelungen aus dem SGB; landesrechtliche Vorgaben	201
II. Kreis der Wettbewerber	202
1. Werkstätten für Menschen mit Behinderungen	202
2. Sozialunternehmen	203
3. Programme mit geschützten Beschäftigungsverhältnissen	203
4. 30 Prozent-Kriterium	204
5. Überprüfung der Zugehörigkeit zum zugelassenen Wettbewerberskreis	204
III. Gerichtliche Überprüfbarkeit	205
B. Anderweitige Berücksichtigung von Inklusion und Integration im Vergabeverfahren	206

Kapitel 3 Gestaltung der Vergabeunterlagen

§ 14 Allgemeiner Grundsatz: Verbindung mit dem Auftragsgegenstand

A. Herleitung der notwendigen „Verbindung von Nachhaltigkeitskriterien mit dem Auftragsgegenstand“ aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	209
B. Die „Verbindung mit dem Auftragsgegenstand“ im aktuellen Recht	212
I. Vergabe von Lieferleistungen, Dienstleistungen und Bauleistungen nach der Richtlinie 2014/24 EU	212
II. Die Vergabe von Aufträgen im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste nach der Richtlinie 2014/25/ EU (Sektorenrichtlinie)	213
III. Richtlinie 2014/23/EU über die Konzessionsvergabe (Konzessionsrichtlinie)	213
IV. Auftragsvergabe unterhalb der EU-Schwellenwerte	214
C. Regelungsgehalt der „Verbindung mit dem Auftragsgegenstand“	214
I. „Auftragsgegenstand“	214
II. Weite Auslegung der Verbindung mit dem Auftragsgegenstand	214
III. Sachliche und zeitliche Komponente der „Verbindung“ mit dem Auftragsgegenstand	215
1. sachlich-inhaltlich	215
2. zeitlich	219
3. Negativabgrenzung	219

§ 15 Allgemeiner Grundsatz – Lebenszyklusansatz

A. Bedeutung des Lebenszyklusansatzes	221
B. Betriebswirtschaftliche Betrachtung	222
C. Begriff	222
D. Berücksichtigung in Vergabeverfahren	223
I. Beschaffungsentscheidung	223
II. Leistungsbeschreibung	224
III. Bedingungen für die Ausführung des Auftrages	225
IV. Zuschlagskriterien	226
E. Praktische Arbeitshilfen	227

§ 16 Allgemeiner Grundsatz – Verhältnismäßigkeit

A. Einführung	229
B. Funktionen des vergaberechtlichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit	230
I. Bieterschützende Funktion	230
II. Auffang- und Reservefunktion	230
III. Effizienzsichernde Funktion	231
1. Strategische Beschaffung	231
2. Leistungsbezogene Aspekte	231
3. Unternehmensbezogene Aspekte	232
4. Verfahrensgestaltung	232
IV. Auftraggeberschützende Funktion	233
V. Länderkompetenzbeschränkende Funktion	233
VI. Prozessuale Funktion	233

§ 17 Leistungsbeschreibung

A. Zweck der Leistungsbeschreibung	235
B. Vergaberechtliche Anforderungen an die Leistungsbeschreibung	236
I. Abgrenzung zur Beschaffungsentscheidung	236
II. Auftragsbezug	237
III. Art der Leistungsbeschreibung	238
IV. Möglichst ohne Produkt-, Marken- und Herstellungsmerkmalen	239
V. Eindeutigkeit der Leistungsbeschreibung	239
1. Sonderfall Rahmenvereinbarung	240
2. Verbot ungewöhnlicher Wagnisse	240
VI. Nachweise wie Zertifizierungen und Gütezeichen	241
VII. Ausführungsfristen	241
VIII. Wahlmöglichkeiten	241
IX. Barrierefreiheit und „Design für alle“	242
X. Umweltschutz	242
XI. Zwingende Vorgaben der Energie-Effizienz	242

§ 18 Eignungskriterien und Ausschlussgründe (einschließlich Umweltmanagement)

A. Grundlagen	244
B. Eignung und Ausschlussgründe – rechtlicher Rahmen	245
C. Eignung – Begriff	246
I. Eignungskriterien – Begriff	247
1. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	247
2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	247
3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	248

II. Eignungskriterien – Abgrenzung	249
1. Leistungsmerkmale und Ausführungsbedingungen	249
2. Zuschlagskriterien	250
3. Standort- und herkunftslandbezogene Kriterien	251
4. Pflicht zur Festlegung von Eignungskriterien	253
5. Mindestanforderungen an die Eignung	253
6. Eignungskriterien bei Auftragsvergaben unterhalb der Schwellenwerte	254
III. Verbindung zum Auftragsgegenstand (§ 122 Abs. 4 S. 1 GWB)	254
IV. Angemessenheit	255
V. Belege zum Nachweis der Eignung und Vorrang von Eigenerklärungen ..	256
VI. Auswahl der Unternehmen im Teilnahmewettbewerb und Auswahl der Unternehmen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden	256
D. Eignung und Nachhaltigkeit	257
I. Ökologische Aspekte	257
1. Verbindung zum Auftragsgegenstand	257
2. wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	258
3. technische und berufliche Leistungsfähigkeit	259
II. Soziale Aspekte	262
1. Allgemeines	262
2. Lieferketten- und Lieferkettenüberwachungssystem	263
III. Innovative Aspekte	265
IV. Aspekte der Qualität	267
V. Werkstätten für Menschen mit Behinderungen	268
E. Ausschlussgründe	268
I. Zwingende Ausschlussgründe, § 123 GWB	268
1. § 123 Abs. 1 insbesondere Nr. 10 GWB	268
2. § 123 Abs. 4 GWB	269
II. Fakultative Ausschlussgründe, § 124 GWB	270
1. § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB	270
2. § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB	271
3. § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB	272
4. § 124 Abs. 2 GWB	273
III. Selbstreinigung	273
§ 19 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz	
A. Einführung	275
B. Die Regelungsstruktur des LkSG im Überblick	275
C. Systematische Einordnung des § 22 LkSG in das Vergaberecht	278
D. Voraussetzungen für einen Ausschluss vom Vergabeverfahren	280
I. Anwendungsbereich der Vorschrift	280
II. Rechtskräftige Bußgeldentscheidung in Höhe der maßgeblichen Schwelle	281
III. Keine Selbstreinigung des Unternehmens	282
IV. Anhörung des Bewerbers	282
V. Eintritt der Rechtskraft der Bußgeldentscheidung liegt höchstens drei Jahre zurück	283
E. Absehen von einem Ausschluss in atypischen Fällen	284
F. Rechtsschutz	284

§ 20 Zuschlagskriterien und Wertungsformeln

A. Einleitung	286
B. Facettenreichtum der Zuschlagskriterien	286
I. Bestimmungsrecht des Auftraggebers	286
II. Monetäre Zuschlagskriterien	287
1. Preis	287
2. Kosten	287
3. Bindende Regelungen des Preises	294
III. Qualitative Zuschlagskriterien	294
1. Ausgangsbefund	294
2. Ökologische Aspekte	295
3. Soziale Aspekte	297
4. Innovative Aspekte	300
5. Sonstige Aspekte	301
C. Materielle Anforderungen an die Zuschlagskriterien	301
I. Verbindung mit dem Auftragsgegenstand	301
II. Bestimmtheit	303
III. Wirksamer Wettbewerb und Diskriminierungsverbot	303
IV. Überprüfbarkeit	304
V. Umgang mit Haupt- und Nebenangeboten	304
D. Gewichtung der Zuschlagskriterien, Bewertungsmethode und -matrix	305
I. Gewichtung der Zuschlagskriterien	305
1. Mindestgewichtung des Preises	305
2. Keine Alibi-Kriterien	306
3. Angabe der Gewichtung der Zuschlagskriterien	306
II. Bewertungsmethode	307
1. Bewertungsmethode – Quotient aus Preis und Leistung	307
2. Bewertungsmethode – Berücksichtigung unterschiedlicher Gewichtungen	309
3. Bewertungsmethode – Nominale, Kardinale, ordinale oder diskursive Bewertung	310
4. Bewertungsmethode – Absolute und relative Bewertung	311
E. Bekanntmachungspflichten	311
I. Zuschlagskriterien und Gewichtung	311
II. Bewertungsmethode	312
III. Nachträgliche Änderungen/Korrekturen	313
F. Dokumentation	313
I. Dokumentation der Festlegung der Zuschlagskriterien und Wertungsformel	313
II. Dokumentation der Wertung	314
G. Besonderheiten in Sonderregimen (KonzVgV, SektVO)	314
I. Besonderheiten im Unterschwellenbereich	315

§ 21 Externe Umweltkosten – Klimaschutz und Vergaberecht

A. Einleitung	317
B. Rechtliche Rahmenbedingungen	318
C. Möglichkeiten zur Berücksichtigung des Klimaschutzes in den Vergabeunterlagen	319
D. Berücksichtigung von CO ₂ e innerhalb kostenbezogener Zuschlagskriterien ..	320
I. Rechtliche Grundlagen	321
II. Materielle Anforderungen an die Zuschlagskriterien	322
1. Verbindung mit dem Auftragsgegenstand	322

Inhaltsverzeichnis

2. Bestimmtheit, wirksamer Wettbewerb und Diskriminierungsverbot ..	322
3. Überprüfbarkeit	323
III. Addition eines CO ₂ e-Preises zum herkömmlichen Angebotspreis	323
1. Global Warming Potential (GWP) für den Betrachtungszeitraum und -gegenstand	323
2. Bestimmung des Preises pro Tonne CO ₂ e	324
3. Nachweispflichten der Bieter	326
IV. Mittelbare Methode – Bewertung des Umfangs an CO ₂ e als separates Zuschlagskriterium	327
E. Ausblick	327

§ 22 Ausführungsbedingungen

A. Einleitung	329
B. Entstehungsgeschichte	330
I. Erste Versuche der Einordnung durch EuGH und Kommission	330
II. Ausführungsbedingungen nach altem Recht	331
III. Strategische Beschaffung nach der Vergaberechtsmodernisierung	332
IV. Ausblick	333
C. Vereinbarkeit mit europäischem Recht	334
D. Abgrenzung zu anderen vergaberechtlichen Kriterien	334
E. Die Auftragsausführung nach § 128	337
I. Einhaltung der geltenden rechtlichen Verpflichtungen	337
1. Anwendungsbereich	338
2. Einzelne gesetzliche Verpflichtungen	339
3. Rechtsfolgen zwingender Ausführungsbedingungen	341
II. Besondere Bedingungen für die Ausführung des Auftrags	343
1. Ausführungsbestimmungen in anderen Gesetzen	343
2. Gesetzliche Grenzen für den Auftraggeber	346
3. Weitere Beispiele besonderer Ausführungsbedingungen	351
4. Nachweis und Rechtsfolgen	352
F. Rechtsschutz	353

§ 23 Nachweise und Gütezeichen

A. Einführung	355
I. Bedeutung der leistungsbezogenen Belege in der Praxis	355
II. Allgemeine Grundsätze der Belegforderung	356
1. Transparenz	357
2. Verhältnismäßigkeit	357
3. Umsetzung bei der Vorbereitung des Vergabeverfahrens	357
B. Eigenerklärungen	359
C. Qualifizierte Eigenerklärung	360
D. Bescheinigungen einer Konformitätsbewertungsstelle	361
E. Produktkennzeichnungen und Gütezeichen	364
I. Produktkennzeichnungen	364
1. CE-Kennzeichnung	364
2. Produktbezogene Kennzeichnungen	365
II. Gütezeichen	366
1. Anforderungen an Gütezeichen	367
2. Prüfung der Voraussetzungen	369
3. Abbildung in den Vergabeunterlagen	371
4. Gleichwertigkeit, Vorlage anderer Nachweise	372

F. (Multi-Stakeholder-)Initiativen, Auditprogramme, Managementstandards	374
I. Abbildung in den Vergabeunterlagen	375
II. Mitgliedschaft in Initiativen oder Managementstandards als Nachweis	376
III. Auditprogramme und Fabrikzertifikate als Nachweis	376
IV. Kritik, Alternativen	377
G. Umgang mit fehlenden oder nicht ordnungsgemäßen Belegen	377
I. Laufendes Vergabeverfahren	377
II. Vertragslaufzeit	378

Kapitel 4 Praxisrelevante Beschaffungsregime

§ 24 Energieverbrauchsrelevante Gegenstände

A. Einleitung	381
I. Allgemeines	381
II. Umsetzung auf nationaler Ebene	382
III. Entstehungsgeschichte	383
B. Einzelheiten	383
I. Anwendungsbereich/Definition	383
1. Energieverbrauchsrelevanz	384
2. Lieferleistungen – Energieverbrauchsrelevante Waren	384
3. Dienstleistungen – Wesentliche Voraussetzung der Ausführung	385
II. Vorgaben der Leistungsbeschreibung	386
III. Nachweise	387
IV. Überprüfung der Angaben zum Energieverbrauch	388
V. Berücksichtigung der Energieeffizienz als Zuschlagskriterium	389
C. Besonderheiten bei Bauaufträgen	390
I. Wesentlicher Bestandteil der Bauleistung	390
II. Energieeffizienz als Zuschlagskriterium	391
D. Rechtsschutz	391
E. Ausblick	392

§ 25 Saubere Fahrzeuge

A. Einleitung	395
I. Allgemeines/Bedeutung	395
II. Europarechtliche Vorgaben	396
III. Umsetzung und Entstehungsgeschichte auf nationaler Ebene	397
B. Einzelheiten	397
I. Persönlicher Anwendungsbereich	397
II. Sachlicher Anwendungsbereich	398
1. Lieferaufträge über Straßenfahrzeuge (Nr. 1)	398
2. Öffentliche Dienstleistungsaufträge nach VO (EG) Nr. 1370/2007 (Nr. 2)	399
3. Dienstleistungsaufträge über Verkehrsdienste (Nr. 3)	399
III. Erfasste Fahrzeuge	401
IV. Ausnahmetatbestände	401
V. Mindestziele	402
1. Quotenregelung	402
2. Berechnung der Mindestziele	403
3. Maßgeblicher Beschaffungsvorgang	404
4. Berechnung bei mehreren Auftraggebern	404
5. Umsetzung in der Praxis	405

Inhaltsverzeichnis

VI. Aufgaben des Bundes und der Länder	405
VII. Dokumentation und Berichtspflichten	406
C. Rechtsschutz	407
D. Ausblick	408

§ 26 Nachhaltigkeit und Bau

A. Einleitung	411
B. Vorbereitung des Vergabeverfahrens	411
I. Rahmenbedingungen	411
1. Rechtliche Grundlagen	411
2. Integrale Planung	415
3. Lebenszykluskosten	415
4. Umwelt- und Gütezeichen	416
II. Kriterien der Nachhaltigkeit	417
1. Ökologische Aspekte	417
2. Soziale Aspekte	418
3. Innovative Aspekte	418
4. Ökonomische Aspekte	418
C. Vergaberechtliche Umsetzung	419
I. Leistungsbeschreibung	419
II. Eignungskriterien	419
III. Zuschlagskriterien	420
IV. Ausführungsbedingungen	421
V. Planungswettbewerbe	422
D. Vertragsgestaltung	423

§ 27 Nachhaltigkeit und Informationstechnik

A. Einleitung	425
B. Nachhaltigkeit in Bezug auf IT	426
I. Umwelt- / und Energieeffizienz Aspekte / Green-IT	426
II. Soziale Aspekte der Nachhaltigkeit spezifisch in Bezug auf IT- Ausschreibungen	426
C. Berücksichtigung im Vergabeverfahren in Bezug auf typische Leistungsgruppen	427
I. Allgemein	427
II. Rechenzentren und Serverräume	427
1. Gesetzgeberische und politische Ziele / Allgemeines	427
2. Leistungskriterien	428
III. Software	430
1. Allgemeines	430
2. Anforderungen bzgl. Energieeffizienz / Ökologie (ressourcen- und energieeffiziente Software)	431
3. Soziale Aspekte	436
IV. Hardware	439
1. Gesetzgeberische und politische Ziele / Allgemeines	439
2. Leistungskriterien	440
3. Zuschlagskriterien	440
4. Eignungskriterien	440
5. Ausführungsbedingungen	441
6. Nachweise	441
D. Fazit / Ausblick	441

§ 28 Grünstrom

A. Einleitung	443
B. Der Begriff „Grünstrom“	444
I. Grün- bzw. Ökostrom	444
II. Ökostrom-Label	444
III. Abgrenzung zu Regionalstrom	444
C. Berücksichtigung im Vergabeverfahren	444
I. Rahmenbedingungen	444
1. Strom als Ware	445
2. Auftragswertberechnung	445
3. Berücksichtigung als „vergabefremder Zweck“	445
4. Vereinbarkeit mit Haushaltsrecht	446
II. Vergaberechtlicher Rahmen	446
1. Losbildung	446
2. Grünstrom in der Leistungsbeschreibung	446
3. Grünstrom als Eignungskriterium	449
4. Grünstrom als Zuschlagskriterium	450
D. Vertragsgestaltung	450

§ 29 Lebensmittel und Verpflegung

A. Rahmenbedingungen	452
I. Allgemeine Rahmenbedingungen	452
II. Vergaberechtlicher Regelungsrahmen	452
III. Auftrag oder Konzession	453
IV. Maßgeblicher Schwellenwert	453
V. Bedarfsanalyse, Leistungsbestimmungsrecht und Leistungsbeschreibung	455
VI. Verpflegungssysteme	457
VII. Eignung	458
VIII. Zuschlagskriterien	458
IX. Verfahrensart	458
B. Kriterien, Aspekte, Vorgehensweisen	459
I. Ökologische Aspekte	459
1. Ökologische Landwirtschaft	459
2. Klimaverträglichkeit	461
3. Tierschutz	463
4. Abfallvermeidung	464
II. Soziale Aspekte	464
1. Verantwortung in der Lieferkette und ILO-Kernarbeitsnormen	465
2. Produkte aus Fairem Handel	465
3. Mindestlohn und Vergütung	466
4. Werkstätten für Menschen mit Behinderungen	467
III. Innovative Aspekte	467
IV. Sonstige Aspekte	467
1. Gesundheit und Qualität	467
2. Kindgerechtigkeit	468
V. Unterstützung/Hilfestellungen	468
VI. Interdependenzen – Zielkonflikte	468

§ 30 Holzprodukte, Büromaterial und Büroausstattung

A. Rechtliche Rahmenbedingungen	469
I. Gestaltungsmöglichkeiten	469

Inhaltsverzeichnis

II. Auftraggeberspezifische normative Vorgaben	470
1. Ebene des Bundes	471
2. Ebene der Länder und Gemeinden	472
B. Kriterien und Aspekte	472
I. Ökologische Aspekte	472
1. Holzprodukte	473
2. Büromaterial	474
3. Büroausstattung	476
II. Soziale Aspekte	477

§ 31 Kreislaufwirtschaft

A. Allgemeines	479
I. Abfallhierarchie	479
II. Implementierung der Kreislaufwirtschaft	481
III. „Cradle to Cradle“	483
IV. Verantwortlichkeit der öffentlichen Hand als Entsorgungsträger	484
B. Pflichten der öffentlichen Hand, § 45 KrWG	484
C. Umgang mit Abfällen	486
I. Abfalllogistik	486
II. Müllheizkraftwerke	486

§ 32 Reinigungsmittel und -dienstleistungen

A. Rahmenbedingungen	489
I. Allgemeines	489
II. Rechtliches	490
III. Kriterien, Aspekte, Vorgehensweisen	491
1. Ökologische Aspekte	491
2. Soziale Aspekte	494

Kapitel 5 Sonderregime

§ 33 Vergaben nach § 130 GWB

A. Allgemeine Anmerkungen	497
B. Verfahrensprivilegien	498
I. EU-Schwellenwerte	498
II. Wahl des Vergabeverfahrens	498
III. Auftragsänderung während der Vertragslaufzeit	499
C. Praktische Anschauungsbeispiele	499
I. Veranstaltungen und ihre Organisation	500
II. Gaststätten und Beherbergungsgewerbe	501
III. Postdienste	502

§ 34 SektVO/KonzVgV/VSVgV

A. Sektorenvergaberecht	503
I. Allgemeine Anmerkungen	504
II. EU-Schwellenwerte	504
III. Besondere Ausnahmen, §§ 137, 138 GWB	505
IV. Sektorentätigkeiten, die unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzt sind ...	506
V. Freie Wahl der Verfahrensarten	507

VI. Abweichungen sonstiger anwendbarer Vorschriften	507
1. Objektive und nichtdiskriminierende Kriterien	507
2. Auftragsänderung während der Vertragslaufzeit	508
VII. Besondere Bestimmungen der Sektorenvergabeverordnung	509
1. Leistungsbeschreibung, Nachweisführung und Angaben zum Energieverbrauch	509
2. Erleichterungen nach Verfahrensarten	509
3. Rahmenvereinbarungen	510
4. Zuschlagskriterien	510
B. Konzessionsvergaberecht	510
I. Allgemeine Anmerkungen	510
II. EU-Schwellenwerte	511
III. Laufzeit	511
IV. Auftragsänderung während der Vertragslaufzeit	512
V. Vergabeverfahren	512
C. Das Vergaberecht im Bereich der Verteidigung und Sicherheit	513
I. Allgemeine Anmerkungen	513
II. Eignungskriterien	513
III. Vergabeverfahren	514
 § 35 Wegenutzungsverträge in der Energiewirtschaft (§ 46 EnWG)	
A. Einleitung	515
B. Auswahlkriterien mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen von Konzessionsvergabeverfahren gemäß §§ 46 ff. EnWG	516
I. Anforderungen und Grenzen	516
1. Verfahrensrechtliche Anforderungen	517
2. Materiell-rechtliche Anforderungen	517
3. Grenzen	518
II. Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Aspekten mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen der Auswahlkriterien eines Konzessionsvergabeverfahrens	519
1. Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Aspekten mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen des Auswahlkriteriums „Versorgungssicherheit“	519
2. Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Aspekten mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen des Auswahlkriteriums „Preisgünstigkeit“	520
3. Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Aspekten mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen des Auswahlkriteriums „Verbraucherfreundlichkeit“	520
4. Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Aspekten mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen des Auswahlkriteriums „Effizienz“	521
5. Möglichkeiten zur Berücksichtigung von Aspekten mit Nachhaltigkeitsbezug im Rahmen des Auswahlkriteriums „Umweltverträglichkeit und Treibhausgasneutralität“	522
6. Sonstige Nachhaltigkeitsaspekte	523
C. Fazit	523
Sachverzeichnis	525



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG